

# Arbeiterstimme

Neue Enthüllungen!  
Mordplan gegen die  
Genossen Gorki  
und Litwinow  
Siehe Seite 21

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern /  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Arbeiter

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 3. November 1931 Nummer 185

## Rotes Volksbegehren zur Auflösung des Sächsischen Landtages!

Die Vollführung der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens hat am 2. November gemeinsam mit den Vertretern der Kommunistischen Landtagsfraktion und unter Teilnahme von Vertretern aus allen Unterbezirken auf Vorschlag des Genossen Fritz Seibmann nach ausführlicher Diskussion, in der zu den letzten innerpolitischen Vorgängen im Reich und in Sachsen Stellung genommen wurde, einstimmig beschlossen, den Antrag auf ein rotes Volksbegehren zur Auflösung des volksfeindlichen sächsischen Landtages einzureichen. Heute früh haben entsprechend diesem Beschluß die Vertreter der sächsischen Landtagsfraktion im sächsischen Innenministerium den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens mit folgendem Wortlaut eingereicht:

### Der Sächsische Landtag ist aufzulösen!

Einstimmig beschloß die Bezirksleitung Sachsens der Kommunistischen Partei in dieser Sitzung den nachstehenden Aufruf:

## An das werktätige Volk Sachsens!

Zeit mehr als anderthalb Jahren regiert in Sachsen die Regierung Schick, ohne das Vertrauen des Landes und des sächsischen Volkes zu besitzen. Während ihrer Regierungszeit hat sich die Schickregierung immer als die schlimmste Sachwalterin der Interessen der Reichen und Kapitalisten in Sachsen, als die Repräsentantin der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der unterdrückten und ausgenutzten Klasse erwiesen. In ihrer Regierungstätigkeit hat die Schickregierung unter der Führung der großparteilichen Volkspartei eine ausgesprochene Fikale der Brüningregierung, der Regierung zur Durchführung der sächsischen Diktatur in Deutschland und eine die Spitze ihrer Politik der Verarmung und maßlosen Verschwendung des werktätigen Volkes.

Alle Maßnahmen der Brüningregierung zur Abwälzung der Lasten der kapitalistischen Krise auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung hat die Schickregierung mit der größtmöglichen Bereitwilligkeit und Rücksichtslosigkeit durchgeführt, unter dem Vorwand, daß die Wirtschaft in Deutschland in bedauerlicher Weise ruhe und gestöhne. Der rücksichtslose Abbau der Löhne, der Gehälter der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, der Steuer-, Zoli- und Mietwucher, der Abbau der Erwerbslosenversicherung, der Wohlfahrts- und der gesamten Sozialfürsorge, der Sozial-, Kriegs- und Kleinrenten, fanden stets die volle Billigung und Unterstützung der Schickregierung.

### Schick-Regierung verordnet Lohnabbau

Die Schickregierung ist dem sächsischen Unternehmertum mit dem Abbau der Löhne, der im sächsischen Staatsdienst Beschäftigten Arbeiter, insbesondere der Arbeiter in den staatlichen Betrieben und in den staatlichen Land- und Forstbetrieben schrittweise voranzugehen, während sie gleichzeitig die hohen Gehälter der leitenden Direktoren in den staatlichen Betrieben bis zuletzt erhöht und sogar deren Befähigung vor dem werktätigen Volk verweigert hat. Im Abbau der Gehälter der unteren Beamten in der Verschlechterung der Stellung der unteren Beamten in der Besoldungsreform ist die sächsische Regierung, den Regierungen aller anderen deutschen Länder voranzugehen. Nur das sozialreaktionäre Vorgehen der Schickregierung bei der Durchführung des Abbaues der Gehälter der unteren Beamten ist kennzeichnend, daß z. B. das gewerkschaftliche Organ des Verbandes sächsischer Schulpolizistenbeamten, das es gewagt hatte Kritik an der Besoldungspolitik der Schickregierung zu üben, für den Bereich der sächsischen Schulpolizei verboten wurde.

In der Steuer- und Zollpolitik hat die Schickregierung nicht nur die Politik der Brüningregierung unterstützt, sondern ist noch darüber hinausgegangen. So hat die Schickregierung, nicht nur entgegen einem ausdrücklichen Beschluß des Landtages, Einkommensteuern erhoben, die die Freigabe der zollfreien Güter, die Einfuhr, sondern hat von sich aus noch eine besondere Erhöhung der Schlachtsteuer durchgeführt, durch die eine weitere ungeheure Verteuerung des Fleischpreises in Sachsen erfolgte. Im Abbau der Wohlfahrtsunterstützung und in der Verschlechterung der Sozialfürsorge hat die Schickregierung alle Mittel in den Notverordnungen des Reiches gegebenen Möglichkeiten restlos ausgeschöpft und die Sozialfürsorge stärker als in irgend einem anderen deutschen Land verschlechtert.

Auch auf dem Gebiet der kulturellen Reaktion stand die Schickregierung stets bewußt in der Gefolgschaft der Brüningregierung und ging dieser sogar in ihren kulturell-reaktionären Maßnahmen voran. In der Politik der Zuwendung von öffentlichen Mitteln an die Kirche, der Förderung und Unterstützung aller kirchlichen reaktionären Bestrebungen, im Abbau der Mittel für die Volkshochschulen und Berufsschulausbildung dokumentiert sich der kulturell-reaktionäre Charakter der Schickregierung.

Die Schickregierung hat nicht nur die in ihrem Etat vor-

gesehenen außerordentlichen Zuwendungen an die Kirchengesellschaften, aus den Steuergroßen der Werktätigen trotz Sparmaßnahmen auf sozialem und kulturellem Gebiet in vollem Umfang aufrecht erhalten, sondern sie hat darüber hinaus noch außerordentliche Mittel als Zuschüsse zur Beforderung der Pfarrer der Kirchengesellschaften verwendet und laufend zur Auszahlung gebracht. Auf der anderen Seite haben alle kirchlichen reaktionären Bestrebungen, wie vor allem die sogenannte „Antigottlosenbewegung“ stets die wärmste Unterstützung und Sympathie der Schickregierung gefunden. Alle Anlässe einer fortschrittlichen Schulgesetzgebung in Sachsen sind von der Schickregierung laudiert und rückgängig gemacht worden. Die Mittel für die Volks- und Berufsschulen wurden abgebaut, die Klassenfrequenz in den Volksschulen in unerträglichem Maße erhöht, Volksschullehrer wurden abgebaut und das gesamte sächsische Schulwesen, soweit es die Schulbildung der Kinder der werktätigen Bevölkerung betrifft, in der reaktionärsten Weise verschlechtert.

Rücksichtslos hat die Schickregierung den Staatsapparat als Machtmittel der herrschenden Klasse gegen die Arbeiter-

klasse und gegen alle Schichten des werktätigen Volkes eingesetzt. Bei Streiks der Arbeiter gegen den Lohnraub und gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage, bei dem Kampf der Kleinrentner, Kleinrentnerinnen und Kleinrentner gegen ihre Zwangsenteignung, bei dem Kampf der verarmten und vertriebenen Mieter gegen ihre Obdachlosmachung, hat die Schickregierung stets die Polizeigewalt und alle Organe des Staates, den Machtapparat angewandt gegen die Armen gegen die Beschäftigten und Unterdrückten.

Beim Streik der Hartmannsdorfer Textilarbeiter, beim Streik der Chemnitzer Straßenbahner, beim Streik der Chemnitzer Bergarbeiter, in dem

### Kampf der Dresdner Straßenbahner

bei allen Demonstrationen der Erwerbslosen gegen ihre weitere Verelendung, ist die Polizei der Schickregierung stets gegen die Arbeiter und Arbeitslosen eingesetzt worden. Die sächsische Justizverwaltung ist den Justizverwaltungen der übrigen deutschen Länder in der Durchführung reaktionärer Verschleierungen des Strafvollzuges weisend vorangegangen, wie die Verletzung bestimmter Rechte der politischen Gefangenen in sächsischen Anhalten beweist. Fortsetzung auf Seite 2

### Japanische Divisionen marschieren gegen Sowjetunion!

## Tokio plant Ueberfall auf die Sowjets!

Die Arbeiterklasse wird mit ihrem Blute das Vaterland aller Werktätigen verteidigen!

Die gestrige Ausgabe des Berliner Tageblattes enthält an verlesener Stelle eine Meldung aus Tokio, die die imperialistischen Kriegspläne in grellem Lichte zeigt. In dieser Meldung wird mitgeteilt: „Aus Wulden meldet die japanische Nachrichtenagentur Nippon Dempo, daß japanische Truppenbewegungen nach Norden von der Mandchurie, in russische Gebiet bevorstehen.“ Diese Meldung wird in der Abendausgabe trotz eines Regierungsdementis ausdrücklich noch unterstrichen, indem das Tageblatt feststellt, daß das Dementi der japanischen Regierung nichts daran ändern könne, daß „die Generale marschieren werden, wenn es ihnen paßt“.

Das ist das offene Geständnis der bewährten Kriegspropaganda gegen die Sowjetunion, das ist der Aufruf zu neuem, blutigem Weltkrieg. Wir rufen die gesamte Arbeiterschaft, alle Werktätigen auf gegen den geplanten Kriegsüberfall auf den sozialistischen Arbeiterstaat! Erhebt eure Stimme gegen die japanischen Kriegstreiber, die Schrittmacher der Imperialisten aller Länder! Wer es wagen sollte, die Sowjetunion anzugreifen, muß erleben, daß in jedem Lande Millionen für den Sozialismus kämpfender Werktätiger bereit sind, für das Volkswort des Weltsozialismus, für den Hort der Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt mit ihrem Leben einzutreten!

### Feuerangriff auf Streikende!

## Streik der Hamburger Hafenarbeiter!

Kampf unter Führung des roten Verbandes gegen Lohnabbau und Mordplan

Hamburg, 3. November. (Eig. Meldung). Nachdem am Sonntag eine vom Roten Einheitsverband der Hafenarbeiter einberufene Versammlung einstimmig den Streikbeschluss gegen den Lohnabbau, der den Lohn von 8,50 Mark auf 8,00 Mark herabsetzt, angenommen hat, hat am Montag früh der Streik in Hamburg mit großer Macht begonnen. Bereits in den frühen Morgenstunden wurde eine Anzahl von Vermittlungsstellen stillgelegt. Auch fünf feste Betriebe stehen bereits im Streik. Die Branche der Schiffs- und Kesselreiniger haben die Arbeit geschlossen niedergelegt. Drei Ueberführbetriebe liegen still. Auch die Bunkerarbeiter stehen im Kampf. Auch bei der Hapag wird gestreikt. Betriebe, die am Vormittag noch gearbeitet haben, sind ebenfalls in die Kampfront eingedrückt.

Obwohl sich bei der Urabstimmung 85 Prozent gegen den Lohnraub wandten, hat die Streikbruchorganisation der verärgerten reformistischen Führer eingesetzt. So wurden provokatorische Flugblätter, die zur Arbeitsaufnahme aufforderten, verteilt. Die empörten Hafenarbeiter entrißen den Verteilern diese Flugblätter und warfen sie ins Wasser. Dafür wurden dann mosenhaft Flugblätter für den Streik verteilt. Die Polizei des SPD-Senators Schönfelder hat schon gegen die Streikenden eingegriffen. Als heute morgen noch eine Barke über den Hafen fuhr und die Beladung als Streikbrecher bezeichnet wurde, erfolgte ein Feuerangriff auf die Hafenarbeiter. Ein Arbeiter erlitt einen schweren Bauchschuß, mehrere wurden schwerer oder leichter verletzt. Das ganze Hafengebiet ist von Ueberfallwagen und Spiegeln geziert.